

Auf der Suche nach pfiffigen Sparideen

Bürgerversammlung – Darmstädter schlagen Verkauf des Kongresszentrums und ehrenamtliche Grünflächenpflege vor

Jetzt ist der Einfallsreichtum der Bürger gefragt. Ihre Sparvorschläge sollen mit dazu beitragen, dass der defizitäre städtische Haushalt mittelfristig wieder ausgeglichen wird. Nachdem Kämmerer André Schellenberg (CDU) zu Beginn der Bürgerversammlung am Montagabend die Grundzüge des Sparpakets der grün-schwarzen Stadtregierung erklärt hatte (wir haben berichtet), waren die Magistratsmitglieder am Podiumstisch im Justus-Liebig-Haus gespannt auf die Anregungen aus dem Publikum.

Der Magistrat wurde dafür gelobt, dass er der Bürgerbeteiligung einen so hohen Stellenwert beimisst. Schade sei bloß, dass man sich an dieses demokratische Element erst in Zeiten der Mangelverwaltung erinnere. Der erste konkrete Verbesserungsvorschlag bezog sich auf

die Verringerung der Feinstaubbelastung. Heinrich Ruhemann schlug vor, Hausbegrünungen zu forcieren und Hausbesitzer in Zusammenarbeit mit dem Agendabüro dabei zu unterstützen. Oberbürgermeister Partsch sagte dies zu: Begrünungen würden in das Aktionsprogramm von Planungsdezernentin Brigitte Lindscheid (Grüne) einfließen.

Bürger fordern mehr Geld von Bund und Land

Ein weiterer Vorschlag war, die Stadt solle gegenüber Bund und Land mehr finanzielle Unterstützung einfordern. Das sei in der Vergangenheit bereits über den Hessischen und den Deutschen Städtetag geschehen, der auf Fehlentwicklungen hingewiesen habe, sagte Partsch. Die Stadt selbst habe jedoch wenig Einflussmöglichkeiten. Immerhin gebe es jetzt den ersten kommunalpolitischen Erfolg seit langem: Durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung ab 2013 könnten sechs bis sieben Millionen Euro eingespart werden.

Die Offenlegung des Darm-

bachs bleibt ein Reizthema. Kämmerer Schellenberg bestätigte, dass die Angelegenheit nächstes Jahr erneut geprüft werden soll. Denn das Darmbachwasser werde in die Kläranlage eingeführt, was den Haushalt jährlich mit drei bis vier Millionen Euro belaste.

Nach Meinung von Hanns Seidler sind die Sparpläne des Magistrats nach dem Prinzip Hoffnung zusammengestellt. Im Wesentlichen müssten die Bürger durch höhere Grundsteuern und Gebühren für die Mehreinnahmen sorgen. Dass die Stadtgärtnerei geschlossen werden soll, hält er für blauäugig, weil jede Privatisierung mit Kosten verbunden sei.

Oberbürgermeister Partsch wies auf die 191 Einsparmaßnahmen hin. Dazu zählten der Wegfall einer Amtsleiterstelle durch die Zusammenlegung von Haupt- und Personalamt und die Entscheidung, nicht mehr über den Bedarf hinaus auszubilden.

„Man merkt, dass sie sich Mühe geben“, bestätigte ein junger Mann den Dezernenten. Sein Vorschlag, härter gegen Fahrzeughalter vorzugehen, die ihre

Autos mit zwei Rädern auf Gehwegen parken, bekam viel Beifall. Bürgermeister Rafael Reißer (CDU) will sich die Innenstadt im Hinblick auf den Verkehr als Gesamtpaket vornehmen. Das Thema Parken auf Gehwegen habe er bereits „im Fokus“. Er nahm die Einladung eines Bürgers in ein Café an, von dem aus Verkehrsverstöße besonders gut zu beobachten seien.

Den Vorschlag, die Gewerbesteuer zu erhöhen, hält Partsch für kontraproduktiv, für Stadt und Etat. Zwar sei die Darmstädter Gewerbesteuer im Vergleich zu anderen Großstädten niedrig, aber stehe auch in Konkurrenz zu Weiterstadt und Pfungstadt. Für einige Firmen sei der Hebesatz ein klarer Standortvorteil.

„Wir finden keinen, der das Darmstadtium kauft“

Ein Bürger empfahl, das kostspielige Darmstadtium zu verpachten oder zu verkaufen. Mit entwaffnender Ehrlichkeit erklärte Partsch: „Wir finden keinen, der es pachtet oder kauft“. Im Moment sei es ein Zuschussbetrieb. Die Stadt komme aber

nicht darum herum, die Restkosten für den Bau zu tragen. Allerdings habe das Kongresszentrum auch einen spürbar positiven Effekt auf das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Ingrid Andresen, die sich ehrenamtlich um die Rosen auf der Rosenhöhe kümmert, schlug vor, dass Anwohner ehrenamtlich die Pflege öffentlicher Grünflächen übernehmen sollen. Dieser Vorschlag wurde gern in die Prüfliste aufgenommen.

Oberbürgermeister Partsch kündigte an, dass diese Bürgerversammlung nicht die letzte sein werde. Mindestens zwei weitere sollen folgen – in Arheilgen und in Eberstadt. Ab Februar oder März können die Darmstädter ihre Wünsche und Vorschläge zusätzlich auf einer Internetplattform äußern, diskutieren und abstimmen.

„Diese Veranstaltung ist Ihnen restlos gelungen“, lobte ein Zuhörer den Magistrat. Damit sprach er aus, was viele empfanden: Der Beifall war eine Bestätigung für Partsch und Schellenberg, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzumachen. pep